

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Herausgeber  
 519 Runkel  
 Druck u. Verlag: Auer-Verlag  
 u. Verlagsgesellschaft m. b. H.  
 Post-Bezirk: Freiberg  
 Postfach: 1011  
 Fernsprechnr.: 1011

Abgabepreis: Durch unsern Boten frei ins Haus monatlich 4,50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4,00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 12,00 Mark, monatlich 4,00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unseren Lesern und Abonnenten wird die Möglichkeit geboten, den Auer-Verlag in den Hauptstädten und Provinzialstädten zu besuchen.

Anzeigenpreise: Die Rahmenseiten des Tagesblattes oder deren Raum für Anzeigen aus dem Raum der Anzeiger für das Erzgebirge 20 Pf., auswendige Anzeigen 25 Pf., Rahmenseiten 3.— Mark. Bei größeren Abnahmen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 9 1/2 Uhr vorm. für Freitag bis 6 Uhr vorm. für Samstag. Anzeigen, die nicht rechtzeitig eintreffen, werden nicht mehr berücksichtigt. Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 66

Sonnabend, den 19. März 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Nach dem Beschluß des Vorkriegsrates des Reichstages soll der Reichstag am Dienstag in die Ferien gehen. Dem Präsidenten ist es überlassen, den Reichstag für den Fall der Dringlichkeit schon vor dem 20. April wieder einzuberufen.

In Berlin fand eine Beratung der Vertreter der industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessenverbände des besetzten Gebietes mit der Reichsregierung, dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und Vertretern der rheinischen Verwaltungsbehörden statt.

Durch eine Kundgebung der Innsbrucker Landesregierung wird die Vornahme einer Volksabstimmung am 24. April angeordnet über die Frage: Wird der Anschluß an das deutsche Reich gefährdet?

In der französischen Kammer ist gleichfalls ein Gesetzesentwurf auf Beschlagnahme des halben Kaufpreises deutscher Einfuhrwaren eingebracht worden.

Belgische Handelskreise unternahmen energische Schritte bei der belgischen Regierung gegen die Erhebung der 50prozentigen Ausfuhrabgabe.

## Die Stunde der Entscheidung.

(Von unserem im Abstimmungsgebiet weilenden Mitarbeiter.)  
 Katowitz, den 17. März 1921.  
 Noch einmal gilt es jetzt in letzter Stunde alles das zusammenzufassen, was uns in diesen Tagen bewegt. Jeder fühlt in Oberschlesien die Schwere der Entscheidung, die der 20. März bringt, denn jeder weiß, daß man nur einmal abstimmen kann, daß die jetzt gefällte Entscheidung nur ein einziges Mal vorgenommen wird. Bei der Übergroßen Mehrzahl der Bevölkerung ist man sich des Ernstes der Stunde wohl bewußt und auch die Stimmen des Gewissens jetzt ruft, überlegen, ob sie den polnischen Forderungen folgen werden, oder ob sie sich durch die polnischen Forderungen einschließen lassen wollen. Hier herrscht allgemein die feste Zuversicht, daß die Bande des Blutes stärker sind als alle polnischen Versprechungen, die konstant durch die polnische Propaganda in Oberschlesien gemacht hat. Man ist überall froh, daß der Abstimmungsstempel jetzt vorüber ist, daß es sich jetzt um die Wahlentscheidung handelt. Auf deutscher Seite, das sei ausdrücklich noch einmal hervorgehoben, besteht der feste Wille, den Kampf nur durch den Stimmzettel auszuschlagen zu lassen. Alle deutschen Parteien und alle sonstigen maßgebenden deutschen Kreise haben immer wieder gemacht, sich nicht durch polnische Provokationen reizen zu lassen und ernst und ruhig dem Abstimmungsstempel entgegenzutreten. Zwischenfälle von deutscher Seite haben deshalb bisher nicht stattgefunden. Es kann aber nicht verschwiegen werden, daß gewisse polnische Kreise in einigen gefährdeten Bezirken des Ostens wieder versuchen, den Terror wirken zu lassen, und das besonders in den Kreisen, in denen der polnische Terror nie ganz aufgehört hat. — Die Oberschlesier haben ja jetzt eben erlebt, was ihre Blutsverwandten (Sien). Sie liegen nicht in Warschau und nicht in Krakau, sondern die Hänge, die Tausende und Abertausende von Abstimmungsberechtigten in das Land gebracht haben, kamen aus dem Deutschen Reich, und das Wiedersehen, das man überall auf den Bahnhöfen gefeiert hat, hat man mit Neuden gefeiert, die deutsch sind, wie die oberschlesische Heimat selbst. Was von deutscher Seite geschehen konnte, ist geschehen. Die politischen Parteien, die Führer der Arbeiterschaft und die Männer der oberschlesischen Wirtschaft und Industrie haben den Oberschlesiern den Weg in die Zukunft gezeigt. Diese Berufsleute Führer des oberschlesischen Volkes haben nicht nur mit dem Herzen ein Treubekenntnis für Deutschland abgelegt, sie haben auch klar erkannt, was zu erkennen war: daß die Gruben, daß die Hütten und das ganze fruchtbare Land Oberschlesien nur dann eine Zukunft hat, wenn es beim Reich verbleibt. Die oberschlesischen Männer wissen, was ihr Land für sie bedeutet. Sie wollen ein gesichertes Dasein nicht vertauschen mit dem Niederbruch, und die oberschlesischen Frauen wollen ihren Kindern nicht die Hoffnung auf die Zukunft rauben. Oberschlesische Männer und Frauen werden am 20. März für ein deutsches Oberschlesien stimmen!

## Aufruf der Entente-Kommission an die Oberschlesier.

Die Interalliierte Kommission erklärt folgenden Aufruf an die Einwohner Oberschlesiens:  
 Sonntag, den 20. 3., werdet Ihr in Ausführung des Vertrages von Versailles berufen werden, eure nationalen Bestrebungen zu bestimmen. Ihr werdet in Ruhe und Ordnung zur Abstimmung zugehen. Eure Abstimmung ist völlig frei. Es ist frei von jedem Zwang, jedem Druck, jeder Beeinflussung, jeder Verführung, sie hängt lediglich von Euch ab. Als Menschen, die selbst frei sind, werdet auch Ihr die Freiheit der anderen und-

dingt achten. Dadurch werdet Ihr beweisen, daß Ihr des Vertrauens würdig seid, das die alliierten Mächte in Euch gesetzt haben, als sie es Euch überließen, über die politische Zugehörigkeit Oberschlesiens zu entscheiden. Die Welt richtet ihre Augen auf Euch. Handelt als Menschen, die der Freiheit würdig sind. Die Vorkriegskonferenz hat auf Grund der von deutscher Seite erhobenen Vorstellungen drohender polnischer Liebesgriffe beschlossen, sowohl an Deutschland als auch an Polen eine Warnung zu ergehen zu lassen.

Ungehinderte Einreise auch am Abstimmungstage.  
 Wie von der Zentralstelle für die technische Durchführung der Abstimmungstransporte mitgeteilt wird, ist die Meldung, daß Stimmberechtigte nach dem 19. März 12 Uhr nacht nicht mehr in das Abstimmungsgebiet einreisen dürfen, nicht zutreffend. Unschonend liegt dieser falschen Meldung ein Mißverständnis zugrunde. Die Abstimmungs-Sonderzüge enden zwar zu der angegebenen Zeit; dagegen steht der Einreise von Stimmberechtigten mit den Kagen des gewöhnlichen, fahrplanmäßigen Verkehrs nichts im Wege. Das geht aus den Bestimmungen der interalliierten Regierungs- und Plebiszitarkommission in Opatowitz mit aller Deutlichkeit hervor.

## Präsident Ebert an die Oberschlesier.

Der Reichspräsident hat einen Aufruf an die Oberschlesier erlassen, in welchem es heißt: Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Von euch wird es abhängen, ob Oberschlesien, das in Jahrhunderten mit Deutschland groß geworden ist, sich auch in Zukunft weiter entwickeln kann. Oberschlesien und Deutschland sind untrennlich miteinander verbunden durch Bande des Blutes und durch die gemeinsame Kultur. Würden diese Bande zerfallen, so ist die Arbeit der letzten Jahrhunderte zunichte gemacht. Not und Elend sind die unaussprechlichen Folgen. Aus allen Teilen des Reiches und aus dem Ausland eilen eure Brüder und Schwestern herbei, um die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit dem Reich zu beweisen. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, in dieser Stunde zu erklären, daß sie das oberschlesische Volk in der Neugestaltung seiner Zukunft nach Kräften unterstützen wird. Es wird ihre Aufgabe sein, Gegenseitigkeit auszuwirken. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung vertrauen auf euch, denkt an die Zukunft, denkt an eure Kinder und stimmt für ein deutsches Oberschlesien!

## Amerika in der Weltpolitik und Weltwirtschaft.

W. W. Die künftige Rolle Amerikas ist eine Frage, die seit nunmehr vier Jahren ununterbrochen die Welt bewegt, ohne doch bisher eine klare Abnung gefunden zu haben. Besonders lebhaft ist die künftige Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses der alten und der neuen Welt nach dem Abschluß des Weltkrieges in Deutschland erörtert worden. Enttäuschter Glaube und unbegründete Hoffnungen haben bei uns eine gewisse Nervosität hervorgerufen. Wer in unseren Nöten keine Rettung mehr sah, der blickte erwartungsvoll nach dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten denn Amerika mußte ja helfen! Aber die Union enttäuschte. Statt endlich als der langersehnte Ordner Europas in dessen politischen und wirtschaftlichen Nöten aufzutreten, zeigte das offizielle Amerika ein immer deutlicher werdendes Bestreben, sich von dem vulkanisch erzitternden Boden der alten Welt zu entfernen. Immer lauter ertönte der Ruf: Los von Europa. Amerika hat mit sich selbst genug zu tun, es gedenkt nach seinem Eingreifen in den Weltkrieg nunmehr Europa gegenüber den aufmerksamen Beobachter zu spielen und sich auf sich selbst zurückzuziehen. Den letzten Zweifel über die Stellung der amerikanischen Regierung zu den europäischen Fragen hat der neue Präsident Harding in seiner Inaugurationsrede erhoben, indem er davon spricht, die materiellen und moralischen Fortschritte der Vereinigten Staaten hätten die Weisheit der von den Vätern übernommenen Politik erweisen, sich nicht in die Angelegenheiten der alten Welt verwickeln zu lassen. An einer anderen Stelle der Rede heißt es aber: Die wirtschaftlichen Beziehungen stellen ein enges Band dar, ohne daß man sich dessen recht bewußt wird. Wir müssen uns klar werden, daß die wirtschaftlichen Bande die engste Verbindung zwischen den Völkern bilden und daß niemand nehmen kann, per nicht auch gibt. — Die Wahrheit der hier wiedergegebenen Ansicht wird heute nach den Erfahrungen während des Weltkrieges, vor allem aber während der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft niemand leugnen wollen. Diese Erkenntnis läßt sich aber mit dem oben angeführten Grundgedanken der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten nicht vereinbaren. Hier liegt unbedingt ein Denkfehler vor. Staatspolitik und Wirtschaftsleben sind untrennbar miteinander verbunden. Fragen wir wollen, was von beiden das Primäre darstellt, ob die Politik die Wirtschaft oder die Wirtschaft die Politik maßgebend beeinflusse, erscheint genau so nutzbringend wie die verkehrte Frage, ob die Henne oder das Ei zuerst auf der Welt gewesen sei. Bildet die Welt heute auf wirtschaftlichem Gebiet ein einheitliches, wenn auch noch lose gefügtes Ganzes aus dem niemand ohne schwere Nachteile auch für alle Abzügen ausgeschossen werden kann, so kann man sie nicht in staatspolitischer Hinsicht in eine Anzahl nebeneinander herlebenden Staaten auflösen. Wie stark das politische sich selbst genügen wollende Amerika mit Europa wirtschaftlich verbunden ist, zeigt die tiefgreifende

Krise des amerikanischen Wirtschaftslebens der letzten Monate. Herrscht in Europa Ruhe und Ordnung, so wirkt das auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der neuen Welt günstig zurück; wird die Wirtschaft des europäischen Kontinents dagegen wie in unseren Tagen unablässig durch politische Spannungen beunruhigt, so verspürt die Union ebenfalls ihr gemessenes Teil von der Unruhe. Dazu kommt noch als besonderes Moment der Umstand, daß die Staaten Europas dem Weltbankier jenseits des großen Wassers über 20 Milliarden Dollars schulden, eine Summe, die in Zukunft eher größer als kleiner werden wird! Dazu gesellen sich weitere Geldeinnahmen z. B. europäischer Städte. Es wäre aber das erste Mal in der Welt, daß ein Gläubiger sich nicht sehr eifrig um das Wohlergehen seines Schuldners kümmert und so wird sich für Amerika früher oder später die Notwendigkeit herausstellen, seine politische Haltung gegenüber Europa aufzugeben. Es bildet politisch und wirtschaftlich ein Glied der Weltpolitik wie der Weltwirtschaft und wird sich auch mit der Londoner Konferenz praktisch auseinandersetzen müssen.

## Sowjet-Rußland und Europa.

Dr. Soeben hat der Draht den Abschluß eines englisch-russischen Handelsabkommens gemeldet, und schon hat sich auch die deutsche Regierung entschlossen, nunmehr den Schleier zu heben über die Verhandlungen, die von deutscher Seite mit den Vertretern Sowjet-Rußlands gepflogen worden sind. Zwei bedeutsame Meldungen an einem Tage. Wir sind es besonders erfreulich, daß die deutsche Regierung diesmal den Anschluß nicht verpaßt hat. Wer treulich den Außenminister kannte, und wer sich seiner früheren Reichstagsreden entsinnt, der wußte, daß er manche Ziele mit Sowjet-Rußland erreichen wollte. Die bisherige Verhüllung über das englisch-russische Handelsabkommen ist ziemlich detailliert, während die deutsche Verlautbarung einen allgemeineren Charakter trägt. Wie wir dazu erfahren, besagt das aber nicht, daß die angestrebten wirtschaftlichen Verbindungen lockerer sein sollen als diejenigen, die England mit Rußland anzuknüpfen versucht. Soeben hat Trotski einen Sieg über Kronstadt erfochten. Wertvollere Siege aber erfocht Lenin, indem er die Einbeziehung Sowjetrußlands in das europäische Wirtschaftsnetz gemilderte. Nur so kann die Produktionsquelle Rußland wieder zum Fließen gebracht werden, nur so können die russischen Kräfte der Kultur nutzbar gemacht werden. Wir können uns vorstellen, daß man in Frankreich über diese beiden Abkommen nicht sehr erfreut sein wird, denn dort regiert nichts anderes als die allgewaltige Politik, und zwar eine Politik, die die einfachsten wirtschaftspolitischen Erwägungen außer Acht läßt, eine Politik, die nur auf Lieben oder Hasen eingestellt ist. Die Welt braucht aber ein anderes Gefühl, will sie wieder gefunden, die Welt braucht ein Gemeinsamkeitsgefühl, braucht gemeinsame Arbeit. Es war auf die Dauer nicht möglich, daß das russische Reich, mag es eine Regierung haben, welche es wolle, von der Welt abgeschnitten wurde. Daß dieser unmögliche Zustand jetzt beseitigt ist, muß auch der mit Freude begrüßen, der die Sowjet-Regierung nicht liebt. Die russische Regierung hat nunmehr die Möglichkeit, zu beweisen, daß sie es ernst mit der Verantwortung nimmt, und daß sie auch bereit ist, geschlossene Verträge innezuhalten. Wodurch hat einmal gesagt, daß man den nicht nach seiner politischen Überzeugung fragen solle, von dem man Unterhosen kaufe. Wir wollen das nicht tun, und England will das nicht tun. Wir müssen uns aber davon überzeugen, daß man uns gleichzeitig mit einer Unterhosenfabrikation, Bomben ins eigene Haus schießt. Wenn die Sowjet-Regierung Handelsbeziehungen will, so soll sie sie haben. Wir wollen gern russisches Holz und russisches Getreide, wenn man uns welches geben kann, kaufen, und wir wollen ihnen nur Lokomotiven und keine Regierungsmethoden verkaufen. Wir müssen aber auch verlangen, daß man uns mit der Propaganda des Bolschewismus verschont.

## Kleine politische Meldungen.

Aufstellung von Plänen für den Wiederaufbau. Die Konferenz der Sachverständigen, die an der Londoner Konferenz teilgenommen haben, ist gestern vormittag unter Vorsitz von Direktor Kraemer zusammengetreten. Im Wiederaufbauamt wird heute vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Müller eine Konferenz von Sachverständigen vornehmlich aus dem Bauwesen stattfinden, um genaue Pläne für den wertvollen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens aufzustellen und durchzuführen. Die deutsche Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie mit positiver Entschlossenheit für die deutsche Mitarbeit am Wiederaufbau herzutreten will, soweit ihr die französische Regierung selbst die Möglichkeit dazu gibt.  
 Reichsgebäudepositionen. Die zweite Staatsberatung sollte im Reichstage bis Freitagabend beendet werden, am heutigen Sonnabend findet die dritte Staatsberatung statt. Am Montag und Dienstag nächster Woche werden Entwaffnungs- und Rückgabegesetze und das Posttarifhöherungsgebot beraten werden. Die Osterferien währen bis zum 12. April.  
 Die Franzosen in Oberhausen und Weiskirchen. Die allersten Truppen haben den Bahnhof Oberhausen besetzt. Seitern früh gegen 7 Uhr ist der weite Teil Weiskirchens mit belagerten Soldaten von französischen und belgischen

Stund  
 4 Mart  
 Kaffees  
 5.50, 7.00,  
 9.00 Mk.  
 Tee,  
 Schokolade  
 Schmeiert,  
 trasse 24.  
 auf.  
 cken  
 -mehr.  
 ki 7.  
 Käufer.  
 bot.  
 25.—,  
 50.—,  
 herabgesetzt  
 stalt.  
 onig  
 3.90,  
 3.60.  
 Que  
 denmarkt,  
 fe W. 12.—  
 Serie,  
 und Würf  
 nicht transi  
 ches, Aus  
 se  
 ration  
 swahl in  
 hmut  
 ana, bunite  
 le  
 ar-3öpi  
 rben und  
 agen  
 kehlt  
 -u. Perze  
 -er-Galon,  
 aus Schode  
 kannen  
 Schuchmach  
 abme billiger  
 herabgesetz  
 mer-Sit. 20  
 ais,  
 chrot.  
 e,  
 750.00  
 Station.  
 -Handlung  
 er und lanb  
 fe  
 repariert  
 Damen- und  
 n, Aus, Anli  
 ander Au  
 Preis 80